

## A3 2. Für Zusammenhalt, Freiheit und Sicherheit.

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	24.03.2026
Tagesordnungspunkt:	3. Programm zur Landtagswahl 2026

### Text

1 Demokratien stehen weltweit unter Druck. Die Klimakrise, soziale Ungleichheit,  
2 die Folgen der Pandemie, der Rechtsruck sowie Kriege und globale Unsicherheiten  
3 belasten demokratische Prozesse, rechtsstaatliche Institutionen und die  
4 öffentliche Meinungsbildung – auch in Deutschland und hier in Sachsen-Anhalt.  
5 Autokraten nutzen diese Entwicklungen gezielt aus, um mit Desinformation und  
6 Destabilisierung demokratische Gesellschaften zu verunsichern. Gleichzeitig  
7 wächst auch die Unsicherheit im Innern. Populistische Strömungen stellen  
8 etablierte demokratische Institutionen in Frage und politische Akteur\*innen, die  
9 einfache Antworten versprechen und Feindbilder konstruieren, gewinnen immer mehr  
10 an Zustimmung. Sie untergraben gezielt das Vertrauen in demokratische  
11 Institutionen und rechtsstaatliche Verfahren. Das zeigt sich auch im Erstarken  
12 der extremen Rechten auf kommunaler, Landes- und Bundesebene.

13 Wir nehmen diese besorgniserregenden Entwicklungen sehr ernst. Demokratie und  
14 Rechtsstaatlichkeit müssen verteidigt und weiterentwickelt werden. Dafür braucht  
15 es ein breites Bündel an Maßnahmen. Denn Demokratie lebt vom Mitmachen. Sie  
16 braucht Menschen, die sich einbringen, mitbestimmen und Verantwortung übernehmen  
17 – in Kommunen, im Land, im Bund und in Europa. Die großen Demonstrationen unter  
18 dem Motto #niewiederistjetzt und vor allem das stetige und oft langjährige  
19 Engagement der vielen ehrenamtlich Aktiven im Land zeigen: Die Demokratie wird  
20 getragen von einer engagierten Zivilgesellschaft. Diese Stärke wollen wir  
21 politisch aufgreifen und in wirksames Handeln übersetzen. Wir sind entschlossen  
22 im Kampf gegen Diskriminierung und jede Form von Extremismus, die die Demokratie  
23 und Gemeinschaft bedroht. Uns geht es insbesondere auch um Teilhabe für alle,  
24 denn Barrierefreiheit darf nicht nur auf dem Papier existieren, sie muss spürbar  
25 werden und auch im Alltag Türen öffnen. Denn wir stehen für eine Gesellschaft,  
26 in der niemand zurückgelassen wird.

### 27 **2.1 Demokratie stärken: Mitreden. Mitmachen.** 28 **Mitgestalten.**

29 Eine lebendige Demokratie fußt auf der aktiven Teilhabe der Bürger\*innen. Sie  
30 lebt vom offenen Miteinander der Menschen, die ihre Stimme erheben,  
31 Verantwortung übernehmen und ihre Umgebung aktiv gestalten. Damit Demokratie  
32 gelingt, müssen alle Menschen die Chance bekommen, sie mitzugestalten. Wir  
33 wollen die Demokratie dort stärken, wo Menschen leben: mitten im Alltag. Dafür  
34 öffnen wir Räume, in denen Beteiligung leicht möglich, niedrigschwellig und  
35 wirksam ist.

36  
37 Wir setzen uns für mehr Mitbestimmung der Bürger\*innen durch die Einführung von  
38 Bürger\*innenräten und -haushalten sowie Jugendparlamenten und digitalen  
39 Beteiligungsformaten ein. Außerdem muss die Politik selbst transparenter werden.

40 Mit einem Lobbyregister auf Landesebene soll künftig offengelegt werden, wer  
41 Einfluss auf politische Entscheidungen nimmt.

42 Wahlrecht für alle

43 Wir fordern ein aktives Wahlrecht für alle, die dauerhaft in einer Kommune leben  
44 – unabhängig von der Staatsangehörigkeit. Menschen, die hier leben, arbeiten,  
45 Kinder großziehen, Vereine tragen oder Betriebe führen, sollen politisch  
46 mitentscheiden können. Ein faires Wahlrecht stärkt Vertrauen und Zugehörigkeit  
47 und macht Integration zur Realität, sowohl für EU-Bürger\*innen als auch für  
48 Drittstaatsangehörige.

49 Junge Menschen sollen frühzeitig die Möglichkeit erhalten, sich aktiv an  
50 demokratischen Entscheidungen zu beteiligen. Deswegen wollen wir das aktive  
51 Wahlrecht bei Landtagswahlen ab 16 Jahren und bei Kommunalwahlen ab 14 Jahren  
52 einführen.

53 Niedrigere Quoren für Bürger\*innenentscheide

54 Wir wollen niedrigere Quoren für Bürger\*innenentscheide und -begehren auf  
55 Landesebene einführen und damit Hürden für die direkte Demokratie abbauen. Wir  
56 wollen sicherstellen, dass Bürger\*innen ihre Anliegen auch wirklich auf die  
57 Abstimmungsebene bringen können. Kommunen sollen verpflichtet werden,  
58 Bürger\*innenentscheide neutral zu unterstützen, beispielsweise mit klarer  
59 Information, sachlicher Darstellung und transparenten Erklärungen zum Verfahren.

60 Bürger\*innenräte landesweit etablieren

61 Wir setzen uns dafür ein, Bürger\*innenräte landesweit zu etablieren und sie als  
62 festen Bestandteil der Landes- und Kommunalpolitik zu integrieren. Diese Räte  
63 sollen die Bürger\*innen zu relevanten Themen und Fragestellungen unmittelbar  
64 einbeziehen und Empfehlungen ausarbeiten, die von politischen  
65 Entscheidungsträger\*innen berücksichtigt werden müssen. Durch diese  
66 Bürger\*innenräte wird die direkte demokratische Teilhabe gestärkt und es wird  
67 gewährleistet, dass politische Entscheidungen die Vielfalt der Meinungen und  
68 Bedürfnisse der Bevölkerung widerspiegeln.

69 Kommunale Demokratie stärken

70 Kommunalpolitik muss für die Menschen sichtbar, transparent und nachvollziehbar  
71 sein. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Sitzungen von Stadträten,  
72 Kreistagen und Ausschüssen live übertragen werden und anschließend digital  
73 abrufbar sind. Durch digitale Beteiligungsplattformen soll zusätzlich die  
74 Möglichkeit geschaffen werden, sich orts- und zeitunabhängig einzubringen. Dies  
75 ist besonders für Menschen wichtig, die aufgrund von Arbeit, Familie oder Pflege  
76 abends nicht an Sitzungen teilnehmen können.

77 Die Demokratie in Ortschaften wollen wir durch mehr direkte Demokratie  
78 zugänglicher machen: verbindliche Ortschaftsratsbudgets und echte  
79 Entscheidungskompetenzen. Mitglieder der Ortschaftsräte sollen Fragerechte  
80 gegenüber der Gemeindeverwaltung erhalten, nicht nur die  
81 Ortsbürgermeister\*innen. Zudem planen wir die Einführung des Dialogformats  
82 „Parlament der Dörfer“, das den Austausch zwischen Dörfern und der Politik  
83 ermöglicht.

84 Wir wollen Hürden für Bürger\*inneninitiativen und Einwohner\*innenanträge senken.

85 Auf kommunaler Ebene soll die Möglichkeit für Bürger\*innenhaushalte geschaffen  
86 werden. Damit wird der direkte Einfluss der Einwohner\*innen auf die Verteilung  
87 kommunaler Mittel gestärkt und sichergestellt, dass die Ressourcenverteilung den  
88 Bedürfnissen der Gemeinschaft entspricht.

89 Um Interessenkonflikte zu vermeiden, soll hauptamtlichen Bürgermeister\*innen die  
90 Mitgliedschaft und Kandidatur im Kreistag des Landkreises untersagt werden.

91 Barrierefreie Beteiligung für alle – auch durch direkte Ansprache

92 Echte Barrierefreiheit ist weit mehr als nur physische Zugänglichkeit in Bussen  
93 und Bahnen, sondern schließt auch die barrierefreie demokratische Teilhabe ein.  
94 Deswegen setzen wir uns für eine barrierefreie Beteiligung für Menschen mit  
95 Einschränkungen oder sozialen Herausforderungen wie wenig Zeit, geringem  
96 Einkommen oder Verständnisproblemen ein. Demokratie muss für alle zugänglich  
97 sein, nicht nur für die Geübten. Es braucht mehrsprachige Informationen,  
98 einfache und verständliche Sprache sowie konkrete Unterstützungsangebote, etwa  
99 Kinderbetreuung bei Bürger\*innenversammlungen. Beteiligung muss zudem dort  
100 möglich sein, wo Menschen leben und arbeiten: am Arbeitsplatz, im Quartier und  
101 in ihrem Alltag. Hybride und niedrigschwellige Formate sind dafür ebenso  
102 notwendig.

103 Die Diskriminierung benachteiligter Gruppen darf bei uns keinen Platz haben. Zu  
104 oft werden diejenigen, die selten gehört werden, auch selten angesprochen. Wir  
105 wollen aktiv auf Gruppen zugehen, die in klassischen politischen Formaten  
106 unterrepräsentiert sind: Menschen mit Migrationserfahrung, Alleinerziehende,  
107 Erwerbslose, junge Menschen, Menschen ohne Wahlrecht oder ältere Alleinlebende.

108 Demokratiebildung früh stärken

109 Ein Verständnis für Demokratie und demokratische Teilhabe ist essentiell für die  
110 Zukunft unserer Gesellschaft. Die frühe Demokratiebildung werden wir stärken,  
111 denn sie beginnt bereits in der Kita und im Klassenzimmer. Schüler\*innen müssen  
112 Beteiligung erleben und mitgestalten können. Dafür braucht es eine moderne  
113 politische Bildung, klare und verbindliche Mitbestimmungsrechte sowie eine  
114 Drittelparität in Schulkonferenzen. Auch den Sozialkundeunterricht möchten wir  
115 ausbauen. Schulhaushalte und ähnliche Maßnahmen können demokratische Kompetenzen  
116 im Alltag stärken und wirksame Projektbeteiligung auszeichnen.

117 Verwaltungsrecht modernisieren

118 Wir setzen uns für eine Modernisierung des Verwaltungsrechts ein. Die  
119 Etablierung digitaler, durchsuchbarer Kommunalrechts-Portale ist unerlässlich,  
120 um Bürger\*innen einen klaren Überblick darüber zu geben, wo welche Regeln  
121 gelten. Ergänzend dazu fordern wir transparente und nachvollziehbare Antragswege  
122 sowie digitale Tools für Anliegen der Bürger\*innen, um den Zugang zu  
123 Informationen und Dienstleistungen der Verwaltung zu vereinfachen. Eine  
124 einfache, barrierefreie Kommunikation mit der Verwaltung ist ebenso wichtig, um  
125 sicherzustellen, dass alle Bürger\*innen in der Lage sind, am öffentlichen Leben  
126 teilzunehmen und ihre Rechte wahrzunehmen.

---

## 127 2.2 Unsere Kommunen: Rückgrat für die Demokratie

128 Wir wollen die Kommunen im Land stärken: finanziell, strukturell und  
129 demokratisch. Eine lebendige kommunale Demokratie braucht Mitsprache, eine faire  
130 finanzielle Basis und Orte, an denen Menschen sich begegnen können.

131 Faire kommunale Finanzausstattung und mehr Eigenverantwortung

132 Kommunen müssen ihre Aufgaben zuverlässig erfüllen können: von der Kinder- und  
133 Jugendhilfe über Kultur bis zur Daseinsvorsorge. Dafür brauchen sie eine faire  
134 und verlässliche Finanzausstattung, die nicht vom guten Willen des Landes  
135 abhängt. Wir wollen den Kommunen nicht nur mehr Planungssicherheit geben,  
136 sondern auch mehr Entscheidungsspielräume und eine solide Grundlage, um  
137 langfristige Projekte zu stemmen. Nur starke Kommunen können demokratische  
138 Teilhabe sichern.

139 Beteiligungsprozesse als kommunaler Auftrag

140 Bürger\*innenbeteiligung darf kein Luxus sein, den nur vereinzelte Kommunen  
141 anbieten. Wir wollen, dass verständliche und frühzeitige Beteiligung zum festen  
142 kommunalen Auftrag wird. Ob Bürger\*innenräte, Jugendparlamente,  
143 Beteiligungshaushalte oder digitale Dialogformate – Kommunen sollen befähigt  
144 werden, Mitsprache aktiv zu gestalten. Demokratie wächst, wenn Menschen erleben,  
145 dass ihre Stimme etwas bewirkt.

146 Orte der Begegnung erhalten und fördern

147 Demokratie lebt weit über die Parlamente hinaus überall dort, wo Menschen in  
148 Kulturhäusern oder Bibliotheken zusammenkommen und sich in Jugendclubs oder beim  
149 Gespräch am Stammtisch begegnen. Generationenübergreifende Sport-, Spiel- und  
150 Freizeitflächen, Jugendplätze, Gemeinschaftsgärten und Bürger\*innen-Cafés bieten  
151 offene Angebote, die unabhängig vom Geldbeutel soziale Teilhabe und Austausch  
152 ermöglichen. Auch die Weiterentwicklung von Bibliotheken zu „öffentlichen  
153 Wohnzimmern“ gehört für uns zu einem neuen Miteinander in den Kommunen. Diese  
154 sozialen Orte bilden den Kern lebendiger Stadtviertel und Dorfgemeinschaften.  
155 Den Aufbau und Erhalt solcher Orte wollen wir mit einem Landesprogramm fördern.  
156 Gleichzeitig soll die Sozialplanung vor Ort solche Begegnungsräume umfassen und  
157 berücksichtigen. Diese Orte ermöglichen Austausch, Vielfalt und Zusammenhalt.  
158 Jeder Ort, an dem Menschen sich begegnen können, ist ein Ort, an dem die  
159 Demokratie wächst.

160 Besonders in den ländlichen Räumen ist oft der Bus die letzte öffentliche  
161 Infrastruktur. Deshalb wollen wir existierende Treffpunkte sichern und neue  
162 moderne Dorfzentren ermöglichen, die mehrere Angebote unter einem Dach bündeln:  
163 Einkaufen im Dorfladen, arbeiten an Co-Workingplätzen, feiern in  
164 Veranstaltungsräumen, Carsharing und Ladesäule vor der Tür und am Ende  
165 mindestens ein Gespräch beim Kaffee. Gleichzeitig sollen Kommunen befähigt  
166 werden, selbst neue Formen öffentlicher Infrastruktur zu entwickeln. Lebendige  
167 ländliche Räume sind kein Zusatz zur Demokratie, sondern ihre Grundlage. Wo  
168 Menschen erreichbar bleiben, bleibt auch die Demokratie erreichbar.

169 Landesaktionsprogramm: Zusammen statt einsam

170 Gerade junge Menschen und Senior\*innen leiden zunehmend unter Einsamkeit. Als  
171 Flächenland und in Folge des demographischen Wandels ist Sachsen-Anhalt

172 besonders gefordert, Einsamkeit und Isolation vorzubeugen. Denn Einsamkeit macht  
173 krank und soziale Isolation kann Radikalisierung und Extremismus fördern.  
174 Quartiersansätze wie Dorfgemeinschaftsläden, Jugendplätze, aufsuchende  
175 Altenhilfe, Mobilitätsangebote und -hilfen sowie digitale Angebote sind unsere  
176 Ansätze, um soziale Teilhabe zu fördern. Mit einem Landesaktionsplan gegen  
177 Einsamkeit wollen wir diese Maßnahmen bündeln, unterstützen und finanzieren.

## 178 **2.3 Kampf gegen Rechtsextremismus und Hass:** 179 **Klare Haltung. Keine Kompromisse.**

180 Der Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für die Demokratie. Er bedroht  
181 Sicherheit und Freiheit sowie ein friedliches Zusammenleben. Sachsen-Anhalt ist  
182 wehrhaft und lässt unsere Zivilgesellschaft nicht alleine. Wir setzen auf  
183 Prävention, Schutz und auf einen konsequent handelnden Rechtsstaat.

### 184 **Task Force AfD-Verbot und Kampf gegen rechtsextreme Netzwerke**

185 Wir setzen uns für die Einrichtung einer bundesweiten Task Force zur Sammlung  
186 von Erkenntnissen über die Verfassungsfeindlichkeit der AfD ein. Diese zentrale,  
187 unabhängige Task Force soll das Wissen von Sicherheitsbehörden, Wissenschaft und  
188 Zivilgesellschaft bündeln, um einen Überblick über rechtsextreme Einflüsse und  
189 Strukturen innerhalb der AfD sowie in rechtsextremen Netzwerken zu erhalten. Ein  
190 Verbotsverfahren oder der Entzug staatlicher Finanzierung erfordern eine starke  
191 und juristisch saubere Grundlage. Deshalb braucht es eine kontinuierliche  
192 Dokumentation verfassungsfeindlicher Aktivitäten, die sorgfältige Prüfung aller  
193 rechtlichen Möglichkeiten sowie eine enge Abstimmung zwischen Bund, Ländern und  
194 Verfassungsschutz. Demokratie darf nicht zögern, wenn ihre Feinde ihre Regeln  
195 missbrauchen. Wir fordern, dass das Land Sachsen-Anhalt ein AfD-Verbotsverfahren  
196 durch den Bundesrat initiiert bzw. entsprechende Anträge anderer Bundesländer  
197 unterstützt. Wir fordern außerdem, die Voraussetzungen für den Entzug der  
198 Parteienfinanzierung extremistischer Parteien sorgfältig zu prüfen und  
199 vorzubereiten.

200 Die Erkenntnisse über rechtsextreme Netzwerke müssen von den Sicherheitsbehörden  
201 effektiv genutzt und entsprechende Strukturen dauerhaft zerschlagen werden.  
202 Dabei steht der Schutz der demokratischen Ordnung im Mittelpunkt, um  
203 sicherzustellen, dass populistische und extremistische Kräfte keine Gefahr für  
204 die gesellschaftlichen Grundwerte darstellen.

205 Wir setzen uns außerdem für eine stärkere Unterstützung zivilgesellschaftlicher  
206 Akteur\*innen und Beratungsstellen in der Extremismusprävention in der Fläche  
207 Sachsen-Anhalts ein. Dabei ist klar: Jede Form von Extremismus darf in unserer  
208 Gesellschaft keinen Platz haben.

### 209 **Wehrhafte Demokratie im Staatsdienst**

210 Wir stehen für eine wehrhafte Demokratie im Staatsdienst ein. Wer für den Staat  
211 arbeitet, trägt eine besondere Verantwortung gegenüber unserer Verfassung.  
212 Rechtsextreme in den Reihen des öffentlichen Dienstes sind kein bloßes  
213 Disziplinarproblem, sondern eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und das  
214 Vertrauen in unsere Institutionen. Wer verbeamtet werden will, muss  
215 uneingeschränkt zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Das muss  
216 eindeutig überprüfbar sein und verfassungswidrige Aktivitäten müssen

217 entsprechende Konsequenzen mit sich bringen. Wir beenden das Zögern: Durch eine  
218 zentrale Bündelung von Disziplinarverfahren und eine bessere personelle  
219 Ausstattung sorgen wir dafür, dass Verfassungsfeinde zügig und rechtssicher aus  
220 dem Dienst entfernt werden.

221 Kein Waffenbesitz für Extremist\*innen

222 Wir fordern ein konsequentes Verbot des Waffenbesitzes für Extremist\*innen.  
223 Sicherheit ist keine Frage der Bürokratie, sondern des konsequenten Handelns.  
224 Wir lassen nicht zu, dass Verfassungsfeinde legal Zugriff auf Waffen haben. Um  
225 das durchzusetzen, stärken wir die Waffenbehörden massiv. Unser Ziel sind  
226 engmaschige Kontrollen und der sofortige Entzug von Erlaubnissen, sobald eine  
227 extremistische Gesinnung vorliegt.

228 Resiliente Kommunen: Demokratie vor Ort sichern

229 Wir wollen resiliente Kommunen schaffen und so die Demokratie vor Ort sichern.  
230 Demokratische Spielregeln sind nicht verhandelbar – auch dann nicht, wenn  
231 rechtsextreme Kräfte in lokalen Parlamenten Mehrheiten bilden. Wir lassen  
232 Kommunalverwaltungen in schwierigen Lagen nicht allein. Mit klaren  
233 Aufsichtsleitlinien und gezielter Unterstützung stellen wir sicher, dass  
234 rechtsstaatliche Abläufe gewahrt bleiben. Wir unterstützen kommunale  
235 Verwaltungen und Gremien dabei, ihre rechtsstaatlichen Verfahren und den Schutz  
236 von Minderheiten gegen jeden politischen Druck zu verteidigen. Demokratischer  
237 Widerstand beginnt im Rathaus und der Staat muss hier als verlässlicher Partner  
238 der Verwaltung auftreten.

239 Solidarität mit Betroffenen und Prävention gegen Gewalt

240 Wir sind solidarisch mit den Betroffenen rechter Gewalt. Rechte Gewalt zielt  
241 darauf ab, Einschüchterung zu verbreiten – ob gegen Migrant\*innen, Engagierte  
242 oder Journalist\*innen. Unsere Antwort darauf ist ein starkes Schutzversprechen.  
243 Wir investieren in niedrigschwellige Beratung und psychosoziale Hilfe, um  
244 Betroffene nicht allein zu lassen. Der Staat steht unmissverständlich an der  
245 Seite derer, die für unsere freie Gesellschaft eintreten.

246

247 Prävention und Bildung gegen Diskriminierung

248 Wir setzen uns für die Prävention und Bildung gegen Rassismus, Antisemitismus  
249 und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein. Langfristige Demokratiearbeit  
250 beginnt im Alltag: in Schulen, in Vereinen, im Netz und in der Jugendhilfe. Wir  
251 stärken Bildungsarbeit, politische Jugendbildung, Antidiskriminierungsprojekte  
252 und Programme, die demokratische Werte vermitteln. Prävention wirkt, wenn sie  
253 dauerhaft finanziert, gut vernetzt und vor Ort präsent ist.

## 254 **2.4 Innere Sicherheit & Bürgerrechte: Sicher** 255 **leben. Frei bleiben.**

256 Sicherheit braucht Vertrauen. Eine moderne Sicherheitsarchitektur schützt die  
257 Menschen, stärkt die Demokratie und garantiert Grundrechte. Damit unsere  
258 Polizei, Justiz und Verwaltung ihre Aufgaben effektiv erfüllen können, benötigen  
259 sie starke Strukturen und klare gesetzliche Regelungen. Von echter Sicherheit  
260 kann jedoch nur die Rede sein, wenn gegenseitiges Vertrauen zwischen dem Staat

261 und der Bevölkerung gegeben ist. Bürger\*innen haben einen Anspruch auf einen  
262 respektvollen Umgang, maximale Transparenz und die Verlässlichkeit staatlichen  
263 Handelns.

264 Mehr Personal für unsere Polizei

265 Der Personalausbau bei den Vollzugsbeamt\*innen soll konsequent bis zur Zielgröße  
266 von 7.000 Stellen fortgesetzt werden. Gleichzeitig ist eine substanzielle  
267 Stärkung der Polizeiverwaltung erforderlich. Um die Attraktivität des Berufs zu  
268 erhöhen, müssen Beförderungsstaus aufgelöst und zusätzlicher finanzieller  
269 Spielraum im IT-Bereich geschaffen werden, insbesondere für spezialisierte  
270 Fachkräfte. Zudem sollen eigenständige und verlässliche Budgets für die  
271 Polizeireviere umgesetzt werden.

272 Polizeifahrradstreifen sollen als sichtbares, bürger\*innennahes und präventives  
273 Element der Polizeiarbeit weiter gefördert werden.

274 Sicherheitsbedürfnisse und Bürgerrechte in Balance

275 Massenüberwachung durch Chatkontrolle oder Gesichtserkennung wird es mit uns  
276 nicht geben. Dem wachsenden Überwachungsdruck in öffentlichen Räumen muss  
277 konsequent entgegengewirkt werden. Deshalb lehnen wir Massenüberwachung in  
278 Fußballstadien, auf Versammlungen sowie bei Veranstaltungen und Märkten im  
279 öffentlichen Raum ab.

280 Die Fähigkeiten der Polizei sollen an die heutige Sicherheitslage angepasst  
281 werden, jedoch nur unter klaren rechtlichen Vorgaben, mit wirksamer Kontrolle,  
282 zeitlicher und inhaltlicher Begrenzung sowie einer regelmäßigen evidenzbasierten  
283 Überprüfung der Notwendigkeit. Der Einsatz von Datenanalysen muss dabei stets an  
284 eine starke rechtliche Kontrolle gebunden sein.

285 Eine Einführung von Palantir in Sachsen-Anhalt lehnen wir entschieden ab.

286 Es braucht eine eindeutige Definition des polizeilichen Aufgabenfeldes,  
287 insbesondere im Umgang mit Menschen in psychischen Ausnahmesituationen, bei  
288 denen ein ganzheitliches Konzept erforderlich ist. Der Einsatz von Tasern kann  
289 dabei nicht die einzige Möglichkeit der Deeskalation sein. Notwendig ist  
290 vielmehr eine bessere Verzahnung der beteiligten Akteur\*innen zwischen  
291 Gefahrenabwehr, psychosozialer Unterstützung und dem Schutz vor Eigengefährdung.

292 Evidenzbasierte Sicherheitspolitik

293 Sicherheitspolitik ist im grünen Verständnis mehr als reines „Law and Order“,  
294 sie umfasst ebenso eine starke Bildungs-, Sozial- und Präventionspolitik.  
295 Polizeiliche Praxis soll sich konsequent an evidenzbasierter Sicherheitspolitik  
296 orientieren. Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) muss daher stärker durch  
297 Studien und wissenschaftliche Erkenntnisse zum Kriminalitätsgeschehen ergänzt  
298 und eingeordnet werden, um das subjektive Sicherheitsempfinden besser einordnen  
299 und adressieren zu können.

300 Kriminalität verlagert sich zunehmend ins Internet, während Ländergrenzen und  
301 nationale Zuständigkeiten an Bedeutung verlieren. Polizei und  
302 Strafverfolgungsbehörden müssen demnach befähigt werden, auf diese digitalen und  
303 grenzüberschreitenden Herausforderungen angemessen zu reagieren –  
304 rechtsstaatlich, koordiniert und wirksam.

305 Hybride Gefahren

306 Hybride Gefahren nehmen zu: Drohnen, digitale Angriffe und neue technische  
307 Mittel werden zunehmend auch für Spionage, Sabotage oder Einschüchterung  
308 eingesetzt. Sicherheitsbehörden müssen auf diese veränderte Lage vorbereitet  
309 sein. Deshalb wollen wir die Polizei gezielt zur Drohnenabwehr befähigen und  
310 entsprechend mit klaren rechtlichen Grundlagen, fachlicher Ausbildung und  
311 abgestuften Einsatzkonzepten ausrüsten. Ziel ist es, kritische Infrastrukturen,  
312 öffentliche Veranstaltungen und die Bevölkerung wirksam zu schützen, ohne ihre  
313 Grundrechte einzuschränken.

314 Nachwuchsgewinnung und Ausbildung mit klaren demokratischen Werten

315 Angesichts der hohen Abbruchquoten müssen wir unser Personalprofil sowie die  
316 Anforderungen an neue Bewerber\*innen für Polizeischulen grundlegend klären und  
317 unsere Zielgruppen deutlich präziser ansprechen. Dafür braucht es passgenaue  
318 Kampagnen zur Personalgewinnung. Gleichzeitig ist für eine gute personelle und  
319 sachliche Ausstattung sowie ein breites und attraktives Lehrangebot zu sorgen.

320 Die Polizeihochschule Aschersleben soll zu einer unabhängigen Hochschule  
321 weiterentwickelt werden, an der geforscht wird, Ergebnisse veröffentlicht werden  
322 und externe Fachakteur\*innen in die Lehre einbezogen sind. Der anstehende  
323 Generationenwechsel erfordert zudem einen systematischen Wissenstransfer von  
324 erfahrenen zu jüngeren Beamt\*innen. Zugleich müssen ältere Kolleg\*innen  
325 ausreichend Zeit und Möglichkeiten erhalten, um sich mit neuen Einsatzmitteln  
326 und Einsatzstandards fortzubilden.

327 Die Ausbildung und Fortbildung von Polizist\*innen soll konsequent auf  
328 demokratische Werte ausgerichtet sein. Dazu gehören Antidiskriminierung,  
329 Menschenrechte, interkulturelle Kompetenz sowie ein modernes Verständnis von  
330 Deeskalation. Regelmäßige Fortbildungen in diesen Bereichen fördern  
331 professionelles Handeln und tragen dazu bei, Extremismus, Vorurteile und Racial  
332 Profiling wirksam entgegenzuwirken.

333 Unabhängige\* Polizeibeauftragte\*

334 Wir wollen eine unabhängige Stelle schaffen, die Beschwerden, Hinweise und  
335 Fehlverhalten in der Polizei untersucht – und das transparent, niedrigschwellig  
336 und mit umfassenden Rechten. Ein\*e Polizeibeauftragte\*r stärkt das Vertrauen in  
337 die Sicherheitsbehörden, schützt Hinweisgeber\*innen und ermöglicht eine offene  
338 Fehlerkultur. Die jährliche Berichterstattung an den Landtag sorgt für  
339 demokratische Kontrolle und Klarheit über strukturelle Herausforderungen.

340 Starke Fehlerkultur, transparente Kontrolle, klare Beschwerdewege

341 Hoher Leistungsdruck, permanente Entscheidungsanforderungen, der Umgang mit  
342 Ausnahmesituationen und die Konfrontation mit gesellschaftlichen Problemen, die  
343 die Polizei nicht allein lösen kann, erfordern eine bewusste Auseinandersetzung  
344 mit dem eigenen Auftrag und den eigenen Grenzen. Dafür braucht es eine moderne  
345 Fehlerkultur, die Lernen ermöglicht, statt Schuld zuzuweisen, sowie mehr  
346 Supervision und Reflexionsräume. Eine moderne Polizei braucht klare und gut  
347 zugängliche Beschwerdewege, die von Bürger\*innen ebenso genutzt werden können  
348 wie von Beamt\*innen selbst. Beschwerden müssen nachvollziehbar dokumentiert und  
349 ausgewertet werden, um Strukturen zu verbessern. Eine transparente Fehlerkultur  
350 bedeutet, dass der Staat Verantwortung übernimmt, Missstände erkennt und das  
351 Vertrauen der Bevölkerung aktiv stärkt.

352 Polizei diverser aufstellen

353 Unsere Polizei soll die Gesellschaft widerspiegeln, der sie dient. Dafür wollen  
354 wir gezielt Menschen mit Migrationsgeschichte, Frauen, queere Menschen und  
355 Bewerber\*innen mit mehrsprachigen Kompetenzen ansprechen und fördern. Eine  
356 vielfältige Polizei stärkt das Vertrauen in die Behörden, verbessert die  
357 Kommunikation in Einsätzen und zeigt, dass demokratische Institutionen für alle  
358 offenstehen.

## 359 2.5 Gewaltschutz, Antidiskriminierung, Schutz 360 von Frauen und Queers

361 Die Vielfalt unserer Gesellschaft zusammenzuführen kann nur gelingen, wenn  
362 bewusster Diskriminierung und Ausgrenzung klar widersprochen wird. Gewaltschutz,  
363 Antidiskriminierungsarbeit und die Förderung von Vielfalt sollen dauerhafter  
364 Bestandteil der Aufgaben von Institutionen und Programmen des Landes sein. Erst  
365 wenn alle Menschen die gleichen Chancen und Rechte im Alltag, in der Bildung und  
366 auf dem Arbeitsmarkt haben, demokratisch mitwirken und ihren eigenen Weg gehen  
367 können, ist unsere Gesellschaft wirklich gerecht. Die Gleichstellung der  
368 Geschlechter ist dabei zentral: gleiche Bezahlung, gleiche Aufstiegschancen und  
369 gleiche Mitbestimmung sind Rechte, kein nice-to-have.

370 Gemeinsam gegen Gewalt und Diskriminierung

371 Mit einem Antidiskriminierungsgesetz holen wir für die Verwaltung nach, was für  
372 private Unternehmen längst gelebte Praxis ist: Wir unterstützen Gemeinden,  
373 Landesbehörden und Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung dabei, eine Kultur  
374 der Wertschätzung von Vielfalt zu etablieren und Diskriminierungsrisiken im  
375 jeweiligen Handlungsfeld abzubauen. Darüber hinaus schaffen wir damit einen  
376 einheitlichen Rahmen, der es allen ermöglicht, Chancengleichheit gegenüber  
377 öffentlichen Stellen einzufordern.

378 Es braucht Gewaltschutzkonzepte in allen öffentlichen Einrichtungen. Kitas,  
379 Schulen, stationäre Wohnformen, Jugendclubs, Verwaltungen und weitere  
380 Institutionen werden wir dabei fachlich unterstützen, entsprechende  
381 Gewaltschutzkonzepte zu entwickeln. Insbesondere Konzepte gegen und Schutz vor  
382 trans\*, inter\*- und queerfeindlicher Gewalt gehören hierzu.

383 Eine Landeskoordinierungs- und Vernetzungsstelle zum Gewaltschutz von Frauen und  
384 Mädchen mit Behinderung soll geschaffen werden, um die Vernetzung und  
385 Kooperation zwischen dem Hilfesystem, der Eingliederungshilfe und der Pflege zu  
386 verbessern. Landesweite Gewaltschutzkonzepte in den Einrichtungen zu fördern,  
387 zum Thema zu sensibilisieren und durch Kooperation den Zugang ins Hilfe- und  
388 Beratungssystem für Betroffene zu verbessern und barrierefrei zu gestalten, sind  
389 weitere Aufgaben. Wir wollen Kontakt- und Beratungsangebote für queere Menschen  
390 in ländlichen Räumen stärken, denn die Angebote konzentrieren sich derzeit  
391 aufgrund geringer personeller und finanzieller Ausstattung durch das Land auf  
392 die städtischen Zentren.

393 Sichere Finanzierung der Frauenhäuser

394 Wir setzen uns für eine flächendeckende Versorgung mit Frauenhäusern und  
395 Zufluchtsorten für Betroffene von häuslicher Gewalt ein. Die Finanzierung muss

396 dauerhaft durch das Land abgesichert und es müssen weitere Schutzräume errichtet  
397 werden. Wir werden die Finanzierung der Frauenhäuser derart weiterentwickeln,  
398 dass der bisherige Eigenanteil der Klient\*innen entfällt. Mit einem speziellen  
399 Förderprogramm werden wir Maßnahmen zur Barrierefreiheit der Frauenhäuser  
400 unterstützen und außerdem mit flächendeckenden mobilen und ambulanten Angeboten  
401 den Zugang zum Hilfesystem verbessern. Informations- und Beratungsangebote  
402 müssen dabei mehrsprachig und inklusiv zugänglich sein, damit alle betroffenen  
403 Frauen unabhängig von ihren Sprachfähigkeiten oder einer Behinderung Schutz vor  
404 Gewalt erhalten. Für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen mit Behinderung wollen  
405 wir aufsuchende Hilfsangebote implementieren.

406 Wir werden Fachstellen zur Täterarbeit auch in den ländlichen Regionen abseits  
407 der kreisfreien Städte fördern und zur Deckung dieses Bedarfs auch digitale  
408 Formate und mobile Angebote prüfen. Ebenso braucht es in diesem Zusammenhang  
409 eine Ausweitung von Bildungs- und Präventionsprogrammen gegen toxische  
410 Männlichkeit und Anti-Feminismus an Schulen („Schulen ohne Sexismus“), in der  
411 Erwachsenenbildung und in Vereinen.

#### 412 Geschlechtergerechtes Miteinander

413 Das Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt wollen wir mit  
414 klaren Zielvorgaben, verbindlichen Indikatoren und einem jährlichen Monitoring  
415 weiterentwickeln. Dazu gehört auch, eine verpflichtende Gender-Mainstreaming-  
416 Prüfung für Landesgesetze zu schaffen. Das Frauenfördergesetz wollen wir zu  
417 einem modernen Gleichstellungsgesetz weiterentwickeln. Wir setzen uns für ein  
418 verfassungskonformes Paritätsgesetz ein, das die Vertretung und Repräsentation  
419 von Frauen in Parlamenten sichert.

420 Wir setzen uns dafür ein, institutionelle Strukturen für eine konsequente Queer-  
421 Politik in Sachsen-Anhalt auszubauen. Derzeit fehlen klare Strukturen und  
422 Zuständigkeiten, um die Rechte und Bedürfnisse queerer Menschen wirksam zu  
423 vertreten. Durch den Aufbau stabiler Strukturen werden die Sichtbarkeit und  
424 Gleichstellung von queeren Menschen gestärkt und Diskriminierung aktiv bekämpft.  
425 Wir verpflichten uns, das „Aktionsprogramm für die Akzeptanz von Lesben,  
426 Schwulen, Bisexuellen, Transgender, Transsexuellen und intergeschlechtlichen  
427 Menschen“ konsequent weiterzuentwickeln und umzusetzen. Dabei ist der  
428 kontinuierliche Austausch mit den Selbstvertretungsgremien von großer Bedeutung,  
429 um sicherzustellen, dass die Maßnahmen den tatsächlichen Bedürfnissen und  
430 Anliegen der LGBTIQ\*-Community entsprechen.

431 Wir werden Fachzentren für geschlechtliche Vielfalt als interdisziplinäre  
432 Beratungs- und Versorgungsstellen für TIN-Personen finanzieren. Ergänzend dazu  
433 sollen der langfristige Ausbau und die Verstetigung bestehender Peer-to-Peer-  
434 Angebote sowie Angebote digitaler und mobiler Beratung erfolgen, welche  
435 insbesondere zur Unterstützung in strukturschwachen Regionen dienen.

## 436 **2.6 Justiz und Strafvollzug, verlässlich, 437 sicher, menschlich.**

438 Ein starker Rechtsstaat zeigt sich nicht an Härte, sondern definiert sich durch  
439 die Wahrung von Gerechtigkeit, Verlässlichkeit und Menschlichkeit. Justiz und  
440 Strafvollzug tragen eine besondere Verantwortung: Sie müssen Sicherheit

441 gewährleisten und zugleich Perspektiven eröffnen. Resozialisierung ist Kern  
442 einer wirksamen, verantwortungsvollen Sicherheitspolitik.

443 Moderne und digitale Justiz

444 Die Justiz ist eine tragende Säule der Demokratie. Sie muss bürgernah,  
445 verlässlich und für alle zugänglich sein. Deshalb wollen wir die Digitalisierung  
446 konsequent vorantreiben und dafür die notwendigen finanziellen Mittel  
447 bereitstellen. Dazu gehören einheitliche Fachverfahren, sichere digitale Akten,  
448 videobasierte Verhandlungen und barrierefreie Zugänge für Bürger\*innen. So  
449 sollen Verfahren beschleunigt und bürokratische Hürden abgebaut werden. Die  
450 Einführung der E-Akte muss Priorität bekommen. Zugleich gilt es, die  
451 Attraktivität der Justizberufe durch moderne Arbeitsmethoden – insbesondere  
452 Home-Office – und moderne IT-Systeme zu steigern. Personalengpässe, hohe  
453 Arbeitsbelastungen und die bevorstehende Pensionierungswelle müssen aktiv und  
454 vorausschauend angegangen werden. Insbesondere Richter\*innen und  
455 Staatsanwält\*innen müssen in angemessener Höhe alimentiert werden.

456 Wir setzen uns zudem für eine Stärkung der Rechtsstaatlichkeit durch eine  
457 bessere Personalausstattung der Justiz ein. Gerichte und Staatsanwaltschaften  
458 müssen personell so ausgestattet werden, dass Verfahren effizient und zügig  
459 bearbeitet werden können. Dadurch können Verfahrenslaufzeiten verkürzt werden.

460 Stärkung der Justiz im Bereich Cyberkriminalität

461 Cyber- und Onlinekriminalität nehmen rasant zu und stellen die Justiz vor neue  
462 Herausforderungen. Wir wollen Staatsanwaltschaften und Gerichte gezielt stärken,  
463 und zwar durch spezialisiertes Personal, kontinuierliche Fortbildungen und  
464 interdisziplinäre Teams. Dazu gehört auch eine bessere Zusammenarbeit mit IT-  
465 Expert\*innen sowie bundes- und länderübergreifende Koordination, um  
466 grenzüberschreitende Delikte wirksam verfolgen zu können.

467 Krisenfestes Verfassungsgericht mit klarer Unabhängigkeit

468 Um den Rechtsstaat zu schützen, wollen wir die Unabhängigkeit des  
469 Landesverfassungsgerichts verfassungsrechtlich absichern. Klare Kompetenzen,  
470 ausreichend Personal und eine moderne Ausstattung stärken die Fähigkeit des  
471 Gerichts, gerade in Krisenzeiten schnell und wirksam zu handeln. Ein  
472 zugängliches und starkes Verfassungsgericht ist das Rückgrat demokratischer  
473 Kontrolle.

474 Strafvollzug sicherer und sozialer machen

475 Ziel ist es, Resozialisierung und die Verhinderung künftiger Straftaten wieder  
476 stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Um die Qualität und verbindliche Standards  
477 zu sichern, braucht es bessere Haftbedingungen sowie den Ausbau psychosozialer  
478 und resozialisierender Maßnahmen.

479 Gleichzeitig sind eine personelle Aufstockung, moderne Arbeitsbedingungen und  
480 der Ausbau digitaler Unterstützung notwendig. Die Kooperation mit der  
481 Zivilgesellschaft und Wirtschaft soll gestärkt werden, etwa durch Arbeits- und  
482 Qualifizierungsmöglichkeiten in Haftnähe.

483 Arbeitsplätze der Freien Arbeit stärken

484 Freie Arbeit ist ein wirksames Instrument zur Vermeidung von Haft und zur  
485 gesellschaftlichen Wiedereingliederung. Wir wollen das Angebot an Arbeitsplätzen  
486 für Freie Arbeit deutlich ausbauen und Trägerstrukturen verlässlich finanzieren.  
487 Eine enge Kooperation mit Kommunen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft soll neue  
488 Einsatzfelder eröffnen und die Qualität der Maßnahmen sichern.

489 Ersatzfreiheitsstrafe verhindern

490 Ersatzfreiheitsstrafen treffen besonders Menschen in prekären Lebenslagen und  
491 führen selten zu nachhaltiger Resozialisierung. Wir wollen  
492 Ersatzfreiheitsstrafen konsequent reduzieren und durch sozial sinnvolle  
493 Alternativen ersetzen. Dazu gehören flexible Ratenzahlungen, gemeinnützige  
494 Arbeit und begleitende soziale Unterstützung, um erneute Strafverschuldung zu  
495 vermeiden.

496 Psychosoziale Versorgung im Gefängnis stärken – Suchtbekämpfung

497 Ein großer Teil der Inhaftierten leidet unter psychischen Erkrankungen oder  
498 Suchterkrankungen. Durch mehr Fachpersonal, bessere Therapieangebote und eine  
499 engere Verzahnung mit externen Hilfesystemen wollen wir die psychosoziale  
500 Versorgung im Strafvollzug deutlich stärken. Suchtbekämpfung muss als zentraler  
501 Bestandteil von Resozialisierung verstanden werden, inklusive  
502 Übergangsmagements in die ambulante Versorgung nach der Haft.

503 Anpassung der Entlohnung von Therapiemaßnahmen an Arbeit

504 Therapie, Qualifizierung und Resozialisierung sind zentrale Bestandteile des  
505 Strafvollzugs. Wir setzen uns dafür ein, dass therapeutische Maßnahmen in Haft  
506 finanziell gleichwertig zur Arbeit gestellt werden. Wer an Therapieprogrammen  
507 teilnimmt, leistet einen wichtigen Beitrag zur eigenen Stabilisierung und zur  
508 Vermeidung künftiger Straftaten. Diese Leistung muss auch entsprechend gewürdigt  
509 werden.

## 510 **2.7 Katastrophenschutz ist Bevölkerungsschutz.**

511 Der Katastrophenschutz ist essentiell für die Sicherheit der Bevölkerung und  
512 muss daher gut ausgebaut sein: Die Freiwilligen Feuerwehren sowie die Rettungs-  
513 und Katastrophenschutzdienste müssen finanziell stärker unterstützt sowie die  
514 ehrenamtliche Arbeit anerkannt und gefördert werden. Wir setzen uns außerdem  
515 entschieden für eine Stärkung des Landesamtes für Bevölkerungsschutz und  
516 Katastrophenhilfe ein und fordern, dass diese Behörde personell, finanziell und  
517 technisch so ausgestattet wird, dass sie ihren Aufgaben im Katastrophen- und  
518 Krisenfall jederzeit vollumfänglich nachkommen kann. Wir fordern die  
519 Freistellung und klare Priorisierung von Personal für Weiterbildungen im Bereich  
520 Zivilschutz, damit Beschäftigte in Behörden, Einsatzdiensten und kritischen  
521 Infrastrukturen regelmäßig und ohne organisatorische Hürden an qualifizierten  
522 Schulungen teilnehmen können.

523 Eine konsequente Krisenvorsorge stärkt das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit  
524 unseres Landes im Ernstfall. Durch klare, einsatzbereite Konzepte für  
525 Stromausfälle, Hochwasser, Waldbrände und Pandemien sowie den Spannungs- und  
526 Verteidigungsfall können Krisensituationen sicher bewältigt werden. Diese Pläne

527 müssen Zuständigkeiten, Abläufe und Kommunikationswege eindeutig regeln, damit  
528 im Ernstfall sofort gehandelt werden kann.

529 Nötig ist außerdem eine barrierefreie und inklusive Ausgestaltung aller  
530 Strukturen, Kommunikationswege und Einsatzmittel, damit Menschen mit  
531 Behinderungen in Notlagen nicht benachteiligt werden und Informationen für alle  
532 zugänglich sind.

533 Wir fordern eine enge Zusammenarbeit mit der AG Digital, um die digitale  
534 Unabhängigkeit in Krisenzeiten sicherzustellen. Durch diese Kooperation steigt  
535 die Stabilität und Ausfallsicherheit digitaler Systeme deutlich, weil kritische  
536 Funktionen so nicht mehr von einzelnen Anbietern oder zentralen Strukturen  
537 abhängen.

## 538 **2.8 Transparente und moderne Verwaltung: Offen** 539 **regieren. Klar informieren.**

540 Eine lebendige Demokratie braucht Vertrauen und Vertrauen entsteht nur dort, wo  
541 Politik und Verwaltung offen, nachvollziehbar und verständlich handeln.  
542 Bürger\*innen wollen wissen, wie Entscheidungen zustande kommen, welche Daten  
543 ihnen zugrunde liegen und welche Verantwortlichen beteiligt sind. Eine  
544 transparente Verwaltung schafft die Grundlage für Beteiligung, stärkt die  
545 demokratische Kultur und verhindert das Entstehen von Gerüchten, Misstrauen und  
546 Politikverdrossenheit.

547 Für uns ist Transparenz weit mehr als das bloße Veröffentlichen von Dokumenten.  
548 Wir verstehen darunter eine aktive Haltung, bei der Entscheidungen  
549 nachvollziehbar begründet und Daten sowie Prozesse für alle sichtbar sind.  
550 Sachsen-Anhalt braucht eine Verwaltung, die den digitalen Wandel nutzt, um offen  
551 und unmissverständlich mit den Menschen zu kommunizieren.  
552 Wenn wir die aktive Beteiligung der Bürger\*innen anstreben, müssen wir ihnen  
553 auch die Möglichkeit geben, informiert zu handeln. Offenheit stärkt das  
554 Vertrauen in staatliche Institutionen und fördert eine Politik, die sich an den  
555 Bedürfnissen der Menschen orientiert.

### 556 **Transparenz und digitale Teilhabe**

557 Wir setzen uns für eine breit angelegte Open-Data-Strategie des Landes, digitale  
558 Informationsfreiheit und die uneingeschränkte Zugänglichkeit von politischen  
559 Beschlüssen, Anträgen und Satzungen ein. Wir wollen eine Verwaltung, die ihre  
560 Daten und Entscheidungen für alle zugänglich macht und somit demokratische  
561 Kontrolle durch die Bürger\*innen ermöglicht.

### 562 **Landesverwaltung modernisieren**

563 Wir setzen uns dafür ein, Doppelstrukturen in Landesbehörden abzubauen und klare  
564 Zuständigkeiten zu schaffen. Die Effizienzsteigerung in Verwaltungen soll  
565 fortgesetzt werden, mit einer Zielgröße von 18,7 Vollzeitäquivalenten pro 1.000  
566 Einwohner\*innen und einem landesweiten Personalentwicklungsplan 2035.  
567 Kontinuierliche Aufgaben- und Effizienzkritik soll eingeführt und über einen  
568 Open-Data-Haushalt öffentlich nachvollziehbar gemacht werden.

569 Es liegt uns am Herzen, die Landesverwaltung als attraktive Arbeitgeberin  
570 auszubauen. Hierfür benötigt es moderne Arbeitsbedingungen, Fort- und

571 Weiterbildungen und faire Karrierewege. Beamt\*innen soll es zudem ermöglicht  
572 werden, freiwillig über die Pensionsgrenze hinaus zu arbeiten, um Expertise  
573 länger im Land zu halten.

574 E-Governance und E-Partizipation werden wir konsequent ausbauen, damit  
575 Entscheidungen transparenter werden und Bürger\*innenbeteiligung deutlich  
576 einfacher und direkter möglich ist. So sollen etwa Gesetzes- und  
577 Verordnungsblätter sowie das Ministerialblatt ab dem Tag der Verkündung  
578 kostenlos online bereitstehen.

579 Wir setzen auf die Strategie „Öffentliches Geld für öffentliche Software“, um  
580 Abhängigkeiten von US-Großkonzernen zu reduzieren. Wir fordern, dass  
581 Digitalisierungsstrategien und IT-Infrastruktur deutlich stärker auf regionale  
582 und europäische Alternativen setzen. Nur so können Kontrolle über kritische  
583 Technologien und die strategische Unabhängigkeit Deutschlands langfristig  
584 gestärkt werden. Die Arbeitsplätze der Landesverwaltung werden wir nach dem  
585 Vorbild Schleswig-Holsteins auf Open-Source-Software migrieren.

586 Barrierefreie Digitalisierung statt neuer Hürden

587 Alle Menschen haben ein Recht darauf, zu erfahren, warum bestimmte  
588 Entscheidungen getroffen werden. Und das in einer klaren, verständlichen  
589 Sprache, die frei von unnötigem Fachjargon ist. Wir wollen, dass jede Verwaltung  
590 verpflichtet wird, Entscheidungen so zu dokumentieren und zu erklären, dass auch  
591 Menschen ohne Verwaltungserfahrung sie verstehen können.

592 Digitalisierung darf nicht zu neuen Ausschlüssen führen. Sie soll den Zugang zu  
593 Verwaltungsleistungen erleichtern und Wartezeiten reduzieren. Damit das gelingt,  
594 müssen digitale Angebote barrierefrei, mehrsprachig und analogen Alternativen  
595 gleichgestellt sein. Unser Ziel ist eine Verwaltung, die digitale Lösungen  
596 nutzt, um Teilhabe zu erleichtern, nicht um Menschen zu überfordern oder  
597 auszuschließen. Digitalisierung soll ein Werkzeug der Befähigung sein, kein  
598 Instrument der Bürokratisierung.

## 599 **2.9 Eine Gesellschaft mit allen. Teilhabe für** 600 **alle.**

601 Eine Gesellschaft für alle! Das ist für uns der klare Auftrag an die Politik,  
602 ausgehend von der UN-Behindertenrechtskonvention. Wir wollen eine Teilhabe ohne  
603 Barrieren garantieren und setzen uns dafür ein, Vielfalt als Querschnittsthema  
604 in allen Politikbereichen zu implementieren, statt sie nur isoliert zu  
605 betrachten. Vielfalt muss in Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit, Kultur, Politik  
606 und Verwaltung systematisch berücksichtigt werden, um Diskriminierung  
607 vorzubeugen und die Chancengleichheit zu fördern. Durch diese umfassende  
608 Integration wird die gesellschaftliche Teilhabe gestärkt, werden  
609 unterschiedliche Lebensrealitäten anerkannt und politische Entscheidungen  
610 gerechter und wirksamer.

611 Behindertenrecht ist Menschenrecht

612 Der Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention  
613 formuliert zahlreiche Maßnahmen zur Schaffung einer inklusiven Gesellschaft mit  
614 garantierter Teilhabe aller. Die bisherige Umsetzung der Maßnahmen wollen wir

615 jetzt, fünf Jahre nach Beschlussfassung des Aktionsplans, überprüfen, den  
616 aktuellen Handlungsbedarf erfassen und weitergehende Maßnahmen entwickeln, damit  
617 die Behindertenpolitik des Landes in Zukunft eine echte „Enthinderungspolitik“  
618 wird. Denn für uns gilt: „Behindert ist man nicht. Behindert wird man.“

619 Wir setzen uns für den Ausbau der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und in  
620 staatlichen Einrichtungen ein – und zwar nicht nur physisch, sondern auch durch  
621 die Bereitstellung von Informationen in Leichter Sprache. Barrierefreiheit muss  
622 für alle Menschen gewährleistet sein, damit sie selbstbestimmt am  
623 gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

624 Die konsequente Einbeziehung der Selbstvertretungsgremien der Menschen mit  
625 Behinderung und des Landesbehindertenbeauftragten wird bisher nicht konsequent  
626 umgesetzt. Zu oft noch müssen sich Menschen mit Behinderung selbst Gehör  
627 verschaffen. Wir setzen auf eine proaktive Einbeziehung der Betroffenen und  
628 ihrer Gremien. „Nichts über uns, ohne uns“ ist Prinzip bündnisgrüner Politik.  
629 Die Weiterentwicklung von Inklusionsmaßnahmen werden wir deshalb zusammen mit  
630 den Kommunen und den Selbstvertretungsgremien der Menschen mit Behinderung  
631 konzipieren und umsetzen.

632 Wir wollen ein Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) auf den Weg bringen, um  
633 Diskriminierung durch staatliche Stellen effektiv zu verhindern und Betroffenen  
634 rechtliches Gehör und Entschädigung zu ermöglichen.

635 Förderung, Gleichstellung und Inklusivität auf dem Arbeitsmarkt

636 Das Budget für Ausbildung und das Budget für Arbeit wollen wir ausweiten, um den  
637 inklusiven Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt mit klaren Zielvorgaben bis 2031 zu  
638 entwickeln. Dabei werden wir uns eng mit dem Netzwerk „Inklusiver Arbeitsmarkt“  
639 und den Arbeitgebervertretungen im Land abstimmen, um gemeinsam aktiv gegen  
640 Vorbehalte und bestehende einstellungsbezogene Barrieren vorzugehen. Teilhabe  
641 und gerechter Lohn sind Chancen, neue Mitarbeiter\*innen zu gewinnen und über  
642 vielfältige und diverse Teams die eigene Unternehmenskultur weiterzuentwickeln.

643 Wir setzen uns für die konsequente Gleichstellung in der Arbeitswelt und im  
644 öffentlichen Dienst ein und fordern den Abbau struktureller Benachteiligungen.  
645 Die Umsetzung des neuen Landesrahmenvertrags wird die Kernaufgabe der neuen  
646 Landesregierung werden. Wir setzen dabei auf eine konsequente personenzentrierte  
647 Leistungserbringung. Die Öffnungsklausel zur Schaffung von Trägerbudgets  
648 begrüßen wir und wollen diese Finanzierungsform, die auf Vertrauen, Kooperation  
649 und Verwaltungsvereinfachung setzt, aktiv fördern.

650 Wir wollen die Barrierefreiheit von Praxen und Kliniken erhöhen, indem wir die  
651 Förderungen ausweiten. Dazu sind Gespräche mit den Kostenträgern und der  
652 Kassenärztlichen Vereinigung zu führen, da ein inklusives Gesundheitssystem auch  
653 Aufgabe der Selbstverwaltung ist.

654 Ableismus und Diskriminierung konsequent bekämpfen

655 Der Weg in die Regelschule und der Weg in den Arbeitsmarkt muss allen Menschen  
656 offenstehen. Wir setzen uns dafür ein, landesweite Standards für Inklusion in  
657 Behörden und öffentlichen Räumen einzuführen. Derzeit fehlen verbindliche  
658 Vorgaben, die Menschen mit Behinderungen oder anderen Unterstützungsbedarfen den  
659 gleichberechtigten Zugang zu staatlichen Dienstleistungen und öffentlichen  
660 Einrichtungen sichern. Durch die Schaffung klarer Standards wird die

661 Barrierefreiheit verbessert, Teilhabe für alle Menschen gewährleistet und die  
662 Inklusion in Verwaltung und Gesellschaft systematisch gestärkt.

663 Die Leistungen der Eingliederungshilfe sollen personenzentriert entwickelt  
664 werden, damit wirklich die Klient\*innen im Vordergrund stehen.

665 Wir setzen uns zudem dafür ein, Barrieren bei der politischen Teilhabe für  
666 Menschen mit Behinderungen oder Migrationshintergrund konsequent abzubauen.  
667 Häufig bestehen Hindernisse, die den Zugang zu Wahlen, die Partizipation in  
668 Gremien oder das Engagement in politischen Prozessen erschweren.

669 Wir setzen uns dafür ein, dass intersektionale Perspektiven konsequent in  
670 politische Vorhaben und Programme integriert werden. Bisher werden die  
671 Überschneidungen von Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht, Herkunft,  
672 Behinderung, sexueller Orientierung oder sozialer Lage nur unzureichend  
673 berücksichtigt. Indem intersektionale Sichtweisen konsequent einbezogen werden,  
674 kann eine gerechtere Politik gestaltet und so Diskriminierung an mehreren  
675 Schnittstellen bekämpft werden.

## 676 **2.10 Medienfreiheit sichern: Freie Presse.**

### 677 **Starke Demokratie.**

678 Eine freie und vielfältige Medienlandschaft bildet das Fundament unserer  
679 Demokratie und garantiert die notwendige Kontrolle staatlichen Handelns.  
680 Journalist\*innen leisten täglich unverzichtbare Arbeit, indem sie komplexe  
681 Zusammenhänge einordnen und Missstände konsequent aufdecken. Diese Arbeit  
682 schafft die Grundlage für fundierte Debatten und stärkt das Vertrauen der  
683 Bürger\*innen in eine verlässliche Berichterstattung. Wir setzen uns für die  
684 Unabhängigkeit der Medien im ganzen Land ein, damit Vielfalt und Qualität als  
685 wirksamer Schutzschild gegen Desinformation und gezielte Manipulation erhalten  
686 bleiben.

#### 687 Lokale und investigative Medien stärken

688 Unsere wehrhafte Demokratie schützt die Freiheit der Presse, gerade dann, wenn  
689 sie kritische Fragen stellt. Auch dürfen Medien weder politisch noch  
690 wirtschaftlich unter Druck gesetzt werden. Zudem braucht die demokratische  
691 Öffentlichkeit Wurzeln in der Fläche und darf nicht an den Stadtgrenzen der  
692 großen Zentren enden. Deshalb fördern wir gezielt Medienangebote in unseren  
693 Dörfern und Kleinstädten, damit überall im Land eine lebendige Debattenkultur  
694 und eine verlässliche Berichterstattung vor Ort möglich bleiben. Gerade dort, wo  
695 Medienhäuser geschlossen haben oder Redaktionen ausgedünnt wurden, fehlen oft  
696 unabhängige Berichte über lokale Politik, Verwaltung und gesellschaftliches  
697 Leben. Wir wollen lokale und investigative Medien gezielt durch faire  
698 Förderstrukturen, stabile Rahmenbedingungen und Kooperationen unterstützen, die  
699 journalistische Vielfalt sichern.

#### 700 Maßnahmen gegen Fake News, Desinformation und Einflussnahmen

701 Gezielte Desinformation, ob durch extremistische Netzwerke oder ausländische  
702 Einflussnahme, gefährdet die Demokratie. Wir wollen Strukturen, die  
703 Falschmeldungen erkennen, stärken und die Weiterverbreitung von Desinformation

704 begrenzen, ohne die Meinungsfreiheit einzuschränken. Dabei setzen wir auf  
705 Transparenz, Aufklärung und klare Regeln für den Umgang mit Desinformation.

706 Medienkompetenz in Schulen und der Erwachsenenbildung ausbauen

707 Gute Medien sind wichtig, aber ebenso wichtig ist die Fähigkeit, sie zu  
708 verstehen. Deshalb wollen wir Medienkompetenz zum festen Bestandteil von Bildung  
709 machen: in Schulen, in Familienbildungsstätten, in der Jugendhilfe, aber auch in  
710 der Erwachsenenbildung, da noch immer viele Erwachsene nicht über ausreichende  
711 digitale Grundkenntnisse verfügen. Wir möchten uns dabei nicht nur auf fehlende  
712 Fähigkeiten im Umgang mit Computern, Smartphones und Online-Diensten  
713 fokussieren, sondern sehen den Bildungsbedarf auch bei Themen wie  
714 Datensicherheit und digitaler Kommunikation. Menschen sollen erkennen können,  
715 wie Informationen entstehen und wie man sich sicher und selbstbestimmt im  
716 digitalen Raum bewegt. Der Ausbau der digitalen Kompetenz soll nicht nur den  
717 Alltag erleichtern, sondern auch die Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen, in  
718 dem die Nutzung digitaler Medien zunehmend zu einer Kernanforderung wird.